



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein; Am Dönhofs (A 7) 5600—3667, für alle Fernsprecher am Dönhofs 3668—3670. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 666. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindungen mit der Anstaltsverwaltung. Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-24

10 Pf. - Nr 13 - B 6

DONNERSTAG, 8. JANUAR 1931

ABEND-AUSGABE • V

China-Aktion der Mächte?

Die Suche nach Absatz-Märkten

Gefahrte Gewalten

Das System hinter dem System

Von

DR. HERBERT WEICHMANN

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 8. JANUAR

Der vom amerikanischen Senat eingeleitete Untersuchungsantrag, der die Ursachen für den Sturz des amerikanischen Finanzsystems zu untersuchen und Maßnahmen für eine Besserung vorzuschlagen soll, wird in den nächsten Tagen seinen Bericht vorlegen. Er legt u. a. eine große internationale Silber- und Goldfrage zur Einblendung des Silberpreises vor. Durch internationalen Zahlungsausfall soll ferner ein umfassender Wandel für wirtschaftliche Schäden entstanden sein. Besser ist aufgefunden worden, mit allen an China interessierten Ländern die Forderung aufzunehmen. Mit der japanischen Regierung, die bereits eine Kommission nach China entsandt hat, um die Unterstützungsmöglichkeiten des chinesischen Marktes für die Welt zu studieren, hat der Ausnahmestatus der Beziehungen aufgenommen. Die japanische Regierung beschließt, unabhängig von Amerika, die Auslegung eines riesigen Anlage von einer Milliarde Dollar zur Unterstützung des Chinesen zu beschließen.

Die einzelnen Wirtschaftskommissionen der großen Mächte, die heute bezweifeln, nach neuen Märkten finden, können sich immer mehr. Südamerika und China haben außerordentlich im Vordergrund, hier werden die einzelnen Millionen einander ab. Das vorläufige unmittelbare greifbare Ergebnis eines dieser Gänge nach neuen, beschleunigten Möglichkeiten herauskommen, ist nicht anzunehmen. Der Bericht des ameri-

kantischen Ausnahmestatus stellt das Problem wenigstens teilweise an der richtigen Stelle, indem er eine Stabilisierung des Silberpreises propagiert. Hier liegt die der Hauptursachen der asiatischen Krise. Durch den katastrophalen Sturz des Silbers wurde ganz Asien von Grund auf erschüttert. Die Silberinflation hat zu einer Vermittlungsumsicht in ganz großen Maß geführt, mit der selbstverständlich die totale Umfinanzierung Hand in Hand geht.

Parallel hierzu aber wird Asien von einer ungeheuren Agrarkrise erschüttert, die aus der Forderung des kulturellen Wohens durch den weichen Individualismus, ein höheres Wohlstand, die Ueberwindung des ländlichen Wohlstandes und den Preisfall der Agrarprodukte resultiert. Die ländlichen Agrargebiete, auf die sich die fremden Mächte stützen, werden kaum weniger betroffen als die inneren Gebiete, die sich heute noch in China wie in Indien im Aufstiege befinden. Hier könnte überhaupt nur noch eine großzügige Aktion, zu der sich alle Mächte solidarisch zusammenfinden, helfen.

Grabe die Solidarität aber nur bisher zwischen den einzelnen Mächten über Europa. Dieser verläuft man nach dem krasse Kontrastverhältnis, nach dem eine Anzahl aus der Rolle der anderen steigen für sich, selbst herauszuheben müde. Es ist möglich, daß der Ernst der Weltwirtschaftskrise hier allmählich zur Einsicht zwingt. Vorläufig allerdings sind noch wenig praktische Ansätze dazu zu er-

Was der Osten Jugenberg verbannt

Die Deutschnationale Parteikorrespondenz schließt sich dem Feldzug an, mit dem die Presse der Rechte die Kandidaturen für den Reichstagen die Forderung vertritt. Besonders peinlich ist den Reichstagen die Forderung, daß das Wahlrecht des September, das Wahlverfahren einer großen Auslandsreise verbannt habe, deren Mittel teilweise dazu dienen sollten, Hilfe für den Osten zu leisten.

Die Deutschnationale Korrespondenz befreit diese Forderung nicht, behauptet aber, gerade die Verbindung der Rechte sei ein Segen gemeiner. Auslandsreise seien schon für die Industrie nicht von Nutzen, für die Landwirtschaft aber wären sie „gradue eine Katastrophe“. Die öffentliche Landwirtschaft ist durch Jugenberg, nur weiterer Verschulung bewahrt werden.

Man wird dieses Gehändnis festhalten müssen. Selbstverständlich sind unwirtschaftliche Kredite ein Schaden. Solche Kredite sind auf Betreiben der Deutschnationalen aus öffentlichen Mitteln an den öffentlichen Großgrundbesitz gegeben worden. Einmal anderes sind Hilfsmittel, die wirtschaftlich großen Teilen der Bevölkerung zugute kommen und das Vertrauen zur Staatsführung stärken. Ihre Finanzierung durch eine inländische Anleihe wäre das Gegenteile. Aber diese Quelle ist verstopft. Vor allem durch die Vertrauensfrage, die seit dem 14. September eingetreten ist. Aus demselben Grund ist die Obedienzpflicht aus dem Ausland für absehbarer Zeit entfernt. Wenn sich Jugenberg das zum Verdienst anrechnen, lo mag er sagen, wo er die großen Mittel kommen lassen, die für die Wiederaufrichtung des Ostens eingesetzt werden müssen.

Mit Agitationsanträgen, auch wenn sie in Form einer angeblichen „Entschuldigungsaktion“ erfolgen, ist dem Osten nicht geholfen. Der Reichstagen hat sich immer wieder gegenüber den Vertretern der öffentlichen Landwirtschaft, die dringend Hilfsmittel fordern, darauf hingewirkt, daß die ihnen nachgehenden deutschnationalen Reichstagsvertreter der Regierung in demselben Falle sind bei der Aufgabe, die durch die Wirtschaftskrise erschütterten Reichsfinanzien in Ordnung zu bringen und damit den Ausgangspunkt für jede wirtschaftliche und politische Wiederaufbau zu schaffen.

Die Unruhebereitschaft der Reichstagen mit der Hilfe des Kandidaten erscheint begründet. Immer wieder hat er den

großen Phrasen, mit denen Forderungen gestellt wurden, die nicht einen Sachverhalt entgegengehalten und mit einem Teil der Saat des Mißtrauens ausgetilgt, die seit Jahren von der Jugenberg-Zentrale ausgeht worden ist.

Professur Hornungs freit

Jahres Ende einer glänzenden Laufbahn

Einer der hervorragendsten Berliner Frauen-Vertreter, der jetzt verstarbende Direktor der Universitäts-Frauenklinik, Professor Richard Hornung, hat gestern nachmittag in seiner Wohnung in der Friedrichsstraße 57 durch einen Schlag in die Schläfe seinen Leben ein Ende bereitet. Professor Hornung, der ein Alter von nur 38 Jahren erreicht hatte, hat offenbar die Zeit in einem Anfall von Schwermut verbracht.

Professor Hornung war im Jahre 1892 in Rottum geboren und wurde, nachdem er im Jahre 1919 die ärztliche Approbation erlangt hatte, Assistent Professor Giedels, der damals die Universitäts-Frauenklinik in Riet leitete. Als Stabsarzt 1922 nach Leipzig berufen wurde, um die Frauenklinik zu übernehmen, folgte ihm Hornung nach Leipzig und habilitierte sich dort zwei Jahre später als Privat-Dozent bei der Medizinischen Fakultät. Als Stabsarzt schließlich im Jahre 1928 als Nachfolger Geheimrat Dammes an die Universitäts-Frauenklinik in der Stralauerstraße in Berlin kam, erwarb er Hornung zu seinem Stellvertreter. Im Jahre 1929 erhielt Hornung schließlich ein Extraordinariat an der Universitäts-Frauenklinik.

Er las insbesondere über Geburtshilfe und Gynäkologie an der Universitäts-Frauenklinik und wurde sich zuletzt vornehmlich der Sport-Medizin zu, die er in den Kreis seiner Vorlesungen einbezog. Von seinen vielen Arbeiten, die nahezu alle Gebiete der Frauenheilkunde betreffen, ist eine Untersuchung über die Frage des Wochenbettsfiebers besonders zu nennen. Professor Hornung lebte in hinterer Ehe. Gelesen nachmittags hätte seine Gattin im Arbeitszimmer einen Schlag fallen, an seinem Schreibtisch lag der Arzt zurückgelassen, die Regel hatte die Schläge durchbrochen. Hornung wurde in die Klinik des Nordbahnhofes in der Johannistempelstraße gebracht, wo er kurz nach seiner Einlieferung seiner schweren Verletzung erlag.

Der Verfasser, der in der preussischen Verwaltung tätig ist, hat auf einer russischen Reise besonders den staatlichen Aufbau studiert.

Die Formeln sagen: alle Macht den Sowjets, und die Mächte sagt: alle Macht der Spitze. Wie lösen sich diese Widersprüche in der Sprache des Systems? Wie lösen sich nicht, aber sie sind getrennt. Die Wirtschaftlichkeit des Staatsapparates schafft die distanzlose Spitze und macht sie zugleich. Eine Reihe von Einrichtungen enthält offenbar demokratische und dezentrale Elemente, die besonders sichtbar angeordnet und von der Propaganda lebhaft unterstützt werden in Verfassungsfragen unerfahrenen Volk den Anschein einer Selbstverwaltung vermitteln.

Zu diesen demokratischen Bestimmungen gehört in erster Linie trotz seiner Abhängigkeiten das bereits geschilderte Wahlverfahren. Es ist nicht demokratisch, aber es scheint doch menschenlieber als den Anschein einer Selbstverwaltung gibt die im System der Gewaltenteilung getroffene Lösung, daß die gewählten Delegierten in ihren Kongressen nicht nur eine Wahlkörper sind, sondern gleichzeitig ein Regierungsorgan darstellen.

Die tatsächliche Ausübung und Führung der Regierungsgewalt liegt freilich erst in jenen Instanzen, die von den Kongressen beauftragt werden, also in den Zentralregierungsinstanzen, in den Präsidien und den Vertretern der schließlichen Verwaltungszweige. Immerhin vertritt die Methode der Einlegung der Kongresse als Wahlkörper und zugleich als Regierungsorgane den Eindruck einer unmittelbaren Staatsgewalt des Volkes, die noch dadurch verstärkt wird, daß den Delegierten eine häufige Berichterstattung vor ihren Wählern zur Pflicht gemacht wird.

Den Eindruck einer lokalen Selbstverwaltung wiederum fördert die im System nicht unterbrochen geführte Tatsache, daß die Zentralverwaltung formal, allerdings mit Ausnahme der Unionskommisariate, keine Delegierten in den Territorialverwaltungen besitzt, sondern daß die in den Sponsen, den Gebieten oder den autonomen Republikanismen tätigen Organe ihrer formalen Herkunft nach tatsächlich allein von oben ernannte Organe sind. Der in der russischen Verfassung weiterhin verwirklichte Grundsatz von der jederzeitigen Überprüfbarkeit der Beamten ist schließlich auch in einem wesentlichen Maße den Charakter eines eigenen Selbstverwaltungszweigs der Verwaltungseinheiten zu unterstützen.

Aber das Schwergewicht der Tatsachen ist anders verteilt als der Anschein will. hinter den gekennzeichneten demokratischen Bestimmungen hinter dem Apparat des Staates im ganzen und in allen seinen Teilen sieht die Macht, die in Sowjetrußland regieren soll und wirklich regiert: die Wahl der kommunikativen Partei.

Eine Anleihe bestimmt im Apparat des Staates Verwaltungen und Beamten. Alle sind gewählt, geschieht mit ihr und nichts, was unterliegt, unterliegt aber sie.

Vertritt im ersten Ansehensstadium bei den Wahlen, legt ihr Einfluß ein. Die kommunikativen Partei hat im Sowjetrußland das Monopol der Legalität. Selbst eine Partei der Parteilosen ist nicht zugelassen. Diese Tatsache bedingt zunächst einmal, daß sie einen Einfluss, sondern nur eine Vertriebensohng gibt. Sie bedingt weiter, daß alle Vorschläge allein von der kommunikativen Partei ausgehen. Die gewählten Beamten sind ebenfalls die Macht, die in einem gewissen vorgelegenen Kommunikation einen anderen zu wählen.

Schließlich hängt Bestand oder Abfallstand der Gewalten ausschließlich von dem Willen der Partei ab. Das demokratische Recht der Überprüfbarkeit der Beamten wird in der Praxis zu einem privilegierten Recht der kommunikativen Partei, die sich zu seiner Ausübung nur von ihr beherzigenden Organe bedient. Die ausgedehnte Anwendung der Methode der „Eindringung des Apparates“ zeigt, wie diese Machtvollkommenheit auch ausgenutzt wird. Schließlich sorgt ein System der Kontrolle aus für die laufende Überwachung des Staatsapparates durch die Partei. Besonders ausgebreitet partizipieren Elemente Arbeiter, Jugendliche, Kommunisten, sind mit Kontrollen beauftragten, ausgeübt, entweder durch die Partei selbst oder durch die Organe des Staates, insbesondere die Arbeiter- und

